

Working Group I

Working document 18

Working Group I on the Principle of Subsidiarity

Subject: Proposal by Mr. Jürgen Meyer and copy of his letter to Mr. Mendez de Vigo

Members of Working Group I will find hereafter the german and english versions of a letter sent to Mr. Mendez de Vigo by Mr Jürgen Meyer, member of the Convention.

Also enclosed is Mr. Meyer's proposal concerning the involvement of the National Parliaments in the control of Subsidiarity (this text was made available by the author in german, english and french languages).



Prof. Dr. Jürgen Meyer, MdB

Stv. Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten
der Europäischen Union des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Jürgen Meyer, MdB · Büro Berlin · Unter den Linden 50 · 4 006/4
010

An den Vorsitzenden der
Arbeitsgruppe Subsidiarität
des Europäischen Konvents
Herrn Íñigo Méndez De Vigo, MdEP
Europäisches Parlament
60, rue Wiertz /Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel

Berlin

Prof. Dr. Jürgen Meyer
Deutscher Bundestag
Büro: Unter den Linden 50 · 4 006/4 010
☒ Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 79 12 0
Fax: (030) 227 - 76 31 6
Email: juergen.meyer@bundestag.de

Wahlkreis

Prof. Dr. Jürgen Meyer
Münsterplatz 45
Postfach 36 28
89026 Ulm
Tel: (0731) 6 02 13 61
Fax: (0731) 6 13 21
Email: juergen.meyer@wk.bundestag.de

12. martie 2003

Lieber Íñigo,

vielen Dank für die Übersendung der ersten Zusammenfassung unserer Diskussionen in der AG Subsidiarität des Europäischen Konvents.

Die Idee, die nationalen Parlamente am Vermittlungsverfahren nach Art. 251 EG zu beteiligen, ist ein Gegenvorschlag zu der von einigen Delegierten erhobenen Forderung, zur Kontrolle der Subsidiarität ein neues Gremium aus nationalen Parlamentariern zu bilden. Jedes neue parlamentarische Kollektiv und insbesondere ein neuer Subsidiaritätsausschuss führt nach meiner Ansicht zu einer Überfrachtung des Institutionensystems, stellt keine sinnvolle Beteiligungsmöglichkeit für die nationalen Parlamente dar und führt vor allem nicht zur Stärkung des Europäischen Parlaments im institutionellen Dreieck. Gleichzeitig ist durch ein solches Gremium eine erhebliche Verzögerung des europäischen Gesetzgebungsprozesses zu befürchten.

Ich glaube, dass eine Verbesserung der Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips, wie sie eine große Mehrheit des Konvents fordert, nicht durch die Bildung eines neuen Gremiums erreicht werden kann. Vielmehr finde ich es notwendig, in den einzelnen Etappen des europäischen Gesetzgebungsverfahrens optimierte Subsidiaritätsprüfungen zu verankern:

1. Bereits bei der Entwicklung eines Gesetzgebungsvorschlags durch die Kommission sollte eine detaillierte Stellungnahme zur Konformität der Initiative mit dem Subsidiaritätsprinzip abgegeben werden. Dabei könnte der Vorschlag sinnvoll sein, einen Vizepräsidenten der Kommission dazu zu verpflichten, der gleichzeitig auch von den nationalen Parlamenten in ihren späteren Beratungen angehört werden kann.
2. Nach Vorlage der Legislativvorschläge durch die Kommission müssen sich die nationalen Parlamente frühzeitig an der europapolitischen Erörterung beteiligen. Diese betrifft nämlich zu allererst die nationale Ebene. Gleichzeitig stimme ich Dir darin zu, dass der politische Meinungsaustausch zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament unbedingt ausgebaut werden sollte. Auf diese Weise haben die

nationalen Parlamente die Möglichkeit, ihre Haltung und eventuelle Subsidiaritätsbedenken frühzeitig sowohl gegenüber ihren eigenen Regierungen als auch auf EU-Ebene zu artikulieren.

3. Liegt im Verlauf des europäischen Gesetzgebungsverfahrens, das in Zukunft das Mitentscheidungsverfahren sein sollte, der endgültige Text des Vorschlages mit den vom Europäischen Parlament und dem Rat eingebrachten Änderungen vor, lassen sich die Regelungen identifizieren, bei denen Subsidiaritätsbedenken bestehen. Ich halte darum den Zeitpunkt zum Ende des europäischen Gesetzgebungsprozesses für ausgesprochen wichtig. Das jetzt schon bestehende Vermittlungsverfahren nach Art 251 EG ist nach meiner Ansicht ein guter Rahmen für einen politischen ad-hoc-Subsidiaritätsmechanismus unter Beteiligung der nationalen Parlamente. Da Subsidiaritätsfragen in erster Linie politische Fragen sind, finde ich es wenig sinnvoll, eine ex-ante Kontrolle durch eine spezielle Kammer beim EuGH durchzuführen. Gerade mit Blick auf den Sachverstand des nationalen Gesetzgebers in der Frage, ob eine Regelung noch auf nationaler Ebene oder nur über eine europäische Vorschrift getroffen werden kann, ist die Haltung der nationalen Parlamente zum endgültigen Vorschlagstext von Bedeutung. Eventuelle Subsidiaritätsbedenken müssen innerhalb der für das Vermittlungsverfahren vorgesehenen Fristen geltend gemacht werden, so dass keine Verzögerung des europäischen Gesetzgebungsprozesses eintritt. Auch die Sorge, dass jeder europäische Gesetzgebungsakt künftig im Vermittlungsausschuss auf Subsidiaritätsgesichtspunkte geprüft werden könnte, halte ich für nicht begründet. Die praktische Erfahrung hat gezeigt, dass weniger als 5 % aller europäischen Legislativvorschläge überhaupt Subsidiaritätsbedenken ausgelöst haben.
4. Nach Abschluss des Legislativverfahrens und Inkrafttreten des Gesetzgebungsaktes halte ich eine ex-post- Kontrollmöglichkeit vor dem EuGH und ein Klagerecht der nationalen Parlamente für sinnvoll, wie es auch von einer großen Mehrheit der Mitglieder der Arbeitsgruppe Subsidiarität gefordert worden ist.

Die Einbeziehung von Stellungnahmen nationaler Parlamente - auch ohne dass ihre Vertreter dem Vermittlungsausschuss angehören müssten - in ein bestehendes Verfahren zwischen Rat und EP wird aus meiner Sicht den europäischen Gesetzgebungsprozess nicht behindern. Die nationalen Parlamente würden im Gegenteil im Vermittlungsverfahren die technischen Vorschläge der nationalen Beamten durch politische Positionen ergänzen. Gleichzeitig stimme ich mit Dir darin überein, dass der Auslösemechanismus für die Geltendmachung von Subsidiaritätsbedenken im Vermittlungsverfahren genau überdacht werden muss.

Ich würde mich freuen, gerade über diese Frage und über die politische Subsidiaritätskontrolle als Abgrenzung zu einem gerichtlichen ex-ante Kontrollverfahren mit Dir in der nächsten AG-Sitzung diskutieren zu können.

Mit besten Grüßen

(Prof. Dr. Jürgen Meyer)



Prof. Dr. Jürgen Meyer, MdB

Stv. Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten
der Europäischen Union des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Jürgen Meyer, MdB · Büro Berlin · Unter den Linden 50 · 4 006/4
010

Mr Iñigo Méndez De Vigo, MEP
Chairman of the Working Group on Subsidiarity
of the European Convention
European Parliament
60, rue Wiertz/Wiertzstraat 60
B-1047 Brussels

Berlin

Prof. Dr. Jürgen Meyer
Deutscher Bundestag
Büro: Unter den Linden 50 · 4 006/4 010
✉ Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 79 12 0
Fax: (030) 227 - 76 31 6
Email: juergen.meyer@bundestag.de

Wahlkreis

Prof. Dr. Jürgen Meyer
Münsterplatz 45
Postfach 36 28
89026 Ulm
Tel: (0731) 6 02 13 61
Fax: (0731) 6 13 21
Email: juergen.meyer@wk.bundestag.de

12. martie 2003

Dear Iñigo,

Thank you very much for sending me the first draft of the summary of our discussions in the Working Group on Subsidiary of the European Convention.

The idea of involving the national parliaments in the conciliation procedure, in accordance with Article 251 of the EC Treaty, is a counter-proposal to the demand made by some delegates that a new body composed of members of national parliaments be formed to monitor compliance with the principle of subsidiarity. In my opinion, any new parliamentary body and, in particular, a new subsidiarity committee would overburden the institutional system and fail to provide meaningful opportunities for the involvement of the national parliaments and, above all, would not strengthen the European Parliament in the institutional triangle. At the same time, it is to be feared that such a body would introduce delays into the European legislative process.

I do not believe that it is possible to improve monitoring of compliance with the principle of subsidiarity, as called for by the great majority of the Convention, through the establishment of a new body. Rather, I feel it is necessary to anchor optimised subsidiarity control in the different stages of the European legislative procedure.

1. As soon as a legislative proposal has been drafted by the Commission, a detailed statement concerning the initiative's compliance with the principle of subsidiarity should be made. In this respect, the proposal for subsidiarity-related questions to be made the responsibility of a Vice-President of the Commission, who could then be heard by the national parliaments in the course of their subsequent deliberations, might be a sensible way forward.
2. Once a legislative proposal has been presented by the Commission, the national parliaments must take part in the European policy discussion at an early stage. This applies, in the first instance, at the national level. At the same time, I agree with you that

there should definitely be a strengthening of the political dialogue between the national parliaments and the European Parliament. This will give national parliaments the opportunity to articulate their views and any concerns they may have about compliance with the principle of subsidiarity at an early stage, both to their own governments and at EU level.

3. Once the point has been reached in the European legislative process - which should in future be the codecision procedure - where the final text of the legislative proposal, including the amendments tabled by the European parliament and the Council, has been drafted, provisions where subsidiarity concerns exist can be identified. I therefore see this end phase of the European legislative process as extremely important. I regard the conciliation procedure already in existence, in accordance with Article 251 of the EC Treaty, as a good framework for a political ad-hoc subsidiarity mechanism involving the national parliaments. As subsidiarity issues are primarily political issues, I see little sense in a judicial ex ante monitoring taking place via a special chamber at the ECJ. The views of the national parliaments on final drafts are of particular importance in view of the specialist knowledge which the national legislators have with regard to whether a provision can be introduced at national level, or only via European legislation. Any subsidiarity concerns must be registered within the existing deadlines for the conciliation procedure, in order to prevent any delay being introduced into the European legislative process. In my view, the fear that every European legislative act might in future be examined from a subsidiarity angle in the Conciliation Committee is also unfounded. Practical experience has shown that less than 5% of all legislative proposals actually raised any subsidiarity concerns.
4. Once the legislative procedure is completed and the legislative act has come into force, I believe a possibility for ex post control before the ECJ and a right of the national parliaments seek judicial review - as called for by a large majority of the members of the Subsidiarity Working Group - would be sensible.

I do not believe that the inclusion of the views of national parliaments – without their representatives being members of the Conciliation Committee - in an existing procedure between the Council and the EP will hinder the European legislative process. The national parliaments would, on the contrary, supplement the technical proposals made by national civil servants setting out political viewpoints. I do agree, however, that careful thought should be given to the trigger mechanism for registering subsidiarity concerns within the conciliation procedure.

I would be pleased if we could discuss precisely this question and the issue of political monitoring of subsidiarity as opposed to judicial ex ante control procedures with you at the next meeting of the Working Group.

Yours sincerely,

Professor Jürgen Meyer

Vorschlag von MdB Prof. Jürgen Meyer
zur Subsidiaritätskontrolle unter Einbeziehung der nationalen Parlamente

1. Art. 251 EGV in der Fassung der folgenden Ziffern 2 und 3 wird in den Verfassungsentwurf des Konvents aufgenommen.
2. Art. 251 EGV erhält folgenden neuen Absatz (5):
„In der 1. Woche nach seiner Einberufung leitet der Vermittlungsausschuss den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten die Beratungsunterlagen gemäss Absatz (4) Satz 3 zur Stellungnahme insbesondere zur Anwendung des Subsidiaritätsgrundsatzes binnen 4 Wochen zu.“
3. Die Absätze (5), (6) und (7) von Art. 251 EGV werden zu Absätzen (6), (7) und (8).

**Proposal put forward by Prof. Jürgen Meyer, MdB,
concerning the Involvement of the National Parliaments in the Control of Subsidiarity**

1. Article 251 of the EC Treaty shall be included in the Convention's draft constitutional treaty as amended by points 2 and 3 below.
2. The following paragraph (5) shall be added to Article 251 of the EC Treaty:
"In the first week after it has been convened the Conciliation Committee shall forward the documents for discussion specified in the third sentence of paragraph 4 of this Article to the national parliaments of the member states, in order for them to state their opinions, within four weeks, in particular as regards the application of the subsidiarity principle."
3. Paragraphs 5, 6 and 7 of Article 251 of the EC Treaty shall become paragraphs 6, 7 and 8.

Proposition du Prof. Jürgen Meyer, député au Bundestag
sur l'implication des Parlements nationaux
dans le contrôle du principe de subsidiarité

1. L'article 251 du Traité CE dans sa version des paragraphes 2 et 3 ci-après est intégré au projet de Constitution de la Convention.
2. Le nouveau paragraphe (5) suivant est ajouté à l'article 251 du Traité CE:
"Au cours de la première semaine suivant sa convocation, le comité de conciliation transmet aux Parlements nationaux des Etats membres les documents de travail stipulés au paragraphe 4, phrase 3, pour que les Parlements nationaux émettent leur avis dans un délai de 4 semaines, en particulier sur l'application du principe de subsidiarité."
3. Les paragraphes (5), (6) et (7) de l'article 251 du Traité CE deviennent respectivement les paragraphes (6), (7) et (8).